

- Schreiben des CCBE an den polnischen Präsidenten Andrzej Duda zur geplanten Justizreform in Polen
- E-Book des CCBE über die Zukunft der Anwaltschaft
- CCBE-Konferenz zur Juristenausbildung
- Europäischer Anwaltstag 2017
- Bekämpfung der Geldwäsche
- Menschenrechte – Verteidigung der Verteidiger
- IMCO-Workshop zur Reform professioneller Dienstleistungen – Berichtsentwurf von Nicola Danti MdEP
- TRADATA: Fortbildung für Rechtsanwälte zur EU-Datenschutzreform



SCHREIBEN DES CCBE AN DEN POLNISCHEN PRÄSIDENTEN ANDRZEJ DUDA ZUR GEPLANTEN JUSTIZREFORM IN POLEN

Mit einem Schreiben vom 18. Juli wandte sich der CCBE an den polnischen Präsidenten Andrzej Duda bezüglich der vorgeschlagenen Änderungen des polnischen Gesetzes über den Nationalen Rat der Justiz und des Gesetzes über die Organisation der Gerichte. In seinem Schreiben hat der CCBE schwerwiegende Bedenken angesichts der Initiativen zu den Justizreformen in Polen geäußert.

CCBE-Präsident Ruthven Gemmill schrieb an Präsident Duda, «die Autonomie und Unabhängigkeit der Gerichte zu beschneiden oder zu gefährden, ist kein innenpolitisches Problem. Es hat auch Konsequenzen für die internationale Rechtsgemeinschaft und wirkt sich unmittelbar auf die Anwendung des Unionsrechts aus. Das Recht auf Zugang zu einem unabhängigen Gericht ist eines der Fundamente, auf die sich die Rechtsordnung eines Staates gründet“. Er forderte Präsident Duda ferner auf, von der Unterzeichnung des Gesetzes vom 12. Juli 2017 zur Änderung des Gesetzes über den Nationalrat der Justiz sowie des Gesetzes vom 12. Juli 2017 zur Änderung des Gesetzes über die Organisation der Gerichte und einiger weiterer Gesetze abzusehen.

Der CCBE forderte die Europäische Kommission nachdrücklich auf, sich in dieser Angelegenheit einzuschalten und wandte sich ferner an seine Mitglieder mit dem Appell, die nationalen Regierungen aufzufordern, einen solchen Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit nicht zu akzeptieren.

Am 24. Juli hat Präsident Duda zwei der drei vorgeschlagenen Gesetzesinitiativen abgelehnt, eine Entscheidung, die vom CCBE begrüßt wurde.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



E-BOOK DES CCBE ÜBER DIE ZUKUNFT DER ANWALTSCHAFT

Im Anschluss an die im Oktober 2016 vom CCBE veranstaltete Konferenz «[Innovation und die Zukunft der Anwaltschaft](#)» wird im September ein E-Book erscheinen, das eine Sammlung von Essays enthält, in denen die Gastredner ihre Ideen und Gedanken zu ihrem jeweiligen Konferenzthema weiter ausarbeiten. Das E-Book behandelt Fragen wie: Wie wird sich die Anwaltschaft fortentwickeln oder neu erfinden, um auch künftig eine bedeutsame Rolle in der eigenen Zukunft spielen

zu können? Können die Kernwerte der Anwaltschaft angesichts der großen Herausforderungen gewahrt werden? Wer sind die wichtigsten Akteure bei der Innovation und Positionierung der Anwaltschaft in einem sich ständig verändernden Umfeld? Wie reagieren europäische Rechtsanwälte auf diese Fragen?

Das E-Book wird auf der Sitzung des Ständigen Ausschusses des CCBE im September vorgestellt.

CCBE-KONFERENZ ZUR JURISTENAUSBILDUNG

Am 14. Dezember organisiert der CCBE in Brüssel eine Konferenz zum Thema Aus- und Fortbildung. Die Veranstaltung konzentriert sich auf Innovationen in der Juristenausbildung. Die Konferenzthemen werden u.a. künstliche Intelligenz im Rahmen der juristischen Ausbildung, Neurowissenschaften und effektives Lernen sowie Neuerungen im Kanzleimanagement im digitalen Zeitalter sein. Die Veranstaltung wird auch bewährte Praktiken und praktische Fallstudien von Rechtsfakultäten und Ausbildungszentren aus ganz Europa vorstellen. Außerdem soll während der Konferenz die neue Europäische Ausbildungsplattform von der Europäischen Kommission gestartet werden. Für weitere Informationen senden Sie bitte eine E-Mail an event@ccbe.eu.

EUROPÄISCHER ANWALTSTAG 2017

Der Europäische Anwaltstag (EAT) 2017 findet am 25. Oktober statt. Der Europäische Anwaltstag soll ein Zeichen setzen für die Rechtsstaatlichkeit und die wesentliche Rolle der Anwaltschaft in seiner Verteidigung sowie für die gemeinsamen Werte der Rechtsanwälte und ihren Beitrag zum Rechtssystem. Das Thema für dieses Jahr ist: «E-volution der Anwaltschaft: wie der digitale Wandel die Beziehung zwischen Bürger und Rechtsanwalt bereichern kann». Die Veranstaltung zielt darauf

ab, die Bürger an die neuen Technologien heranzuführen, die der Anwaltschaft zur Verfügung stehen und die positiven Auswirkungen auf die Beziehung zwischen Rechtsanwälten und Bürgern aufzuzeigen. Rechtsanwaltsammern und -verbände sind aufgefordert, Veranstaltungen in ihren eigenen Ländern zu organisieren, um auf den EAT aufmerksam zu machen. Weitere Informationen erhalten Sie in den kommenden Wochen auf der [CCBE-Website](#).

BEKÄMPFUNG DER GELDWÄSCHE

Änderung der 4. Anti-Geldwäscherichtlinie (Gw-RL)

Der Europäische Rat und das Europäische Parlament werden voraussichtlich Ende September oder Anfang Oktober 2017 die Trilogverhandlungen über den Vorschlag für eine überarbeitete 4. Gw-RL wieder aufnehmen. Das EP und der Rat führen die von der Kommission unterstützten Trilogverhandlungen, um eine Einigung über den Vorschlag zu erzielen. Der sechste Trilog fand am 12. Juli 2017 statt. Der Rat hat nun darauf hingewiesen, dass der nächste Trilog entweder Ende September oder Anfang Oktober 2017 stattfinden wird. Allerdings wurden bis dato keine genauen Daten genannt. Die estnische Ratspräsidentschaft hat den Vorschlag als eine ihrer Prioritäten bezeichnet.

Supranationale Risikobewertung

Die Europäische Kommission hat jüngst die supranationale Risikobewertung (SNRA) der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung abgeschlossen, die der Anwaltschaft gegenüber sehr kritisch war. Die supranationale Risikobewertung ist ein nach EU-Recht vorgesehenes Kommissionsinstrument, das eingesetzt werden soll, um Risiken zu verstehen und Maßnahmen für den Rechtsdienstleistungssektor und andere Sektoren ausarbeiten zu können zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Tätigkeiten (d.h. die Identifizierung, Analyse und Bewertung dieser Risiken). Der Bericht der Kommission enthält Empfehlungen an die Mitgliedstaaten über die Maßnahmen, die zur Bewältigung dieser Risiken für jeden Sektor geeignet sind. Der CCBE AML-Ausschuss bereitet eine Antwort auf den Bericht vor.

Der Bericht kann [hier](#) abgerufen werden.

Panama – Papiere

Der CCBE verfolgt weiterhin die Entwicklungen im Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments über Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung (PANA). Am 28. Juni veröffentlichten die beiden Berichterstatter ihren Berichtsentwurf und Entwürfe von Empfehlungen. Zu dem Berichtsentwurf und den vorgeschlagenen Empfehlungen können bis zum 5. September Änderungsanträge eingereicht werden. Beide Texte sind [hier](#) abrufbar.

MENSCHENRECHTE – VERTEIDIGUNG DER VERTEIDIGER

Der CCBE wurde kürzlich assoziiertes Mitglied der „Beobachtungsstelle für Anwälte in Gefahr“ (International Observatory of Lawyers at Risk, OIAD) und hat an der ersten Generalversammlung am 3. Juli in Madrid teilgenommen.

Die OIAD wurde 2015 von vier Organisationen gegründet: dem Conseil National des Barreaux (CNB), dem Barreau de Paris, dem Consejo General de la Abogacía Española und dem Consiglio Nazionale Forense. Ziel der Beobachtungsstelle ist es, weltweit für Rechtsanwälte einzutreten, die in der Ausübung

ihres Berufes bedroht werden und auf Verletzungen der Verteidigungsrechte aufmerksam zu machen. Durch wachsamem und fortwährendes Monitoring möchte die OIAD in der Lage sein, überall auf der Welt Rechtsanwälte auszumachen, die Bedrohungen, Druck, Folter oder anderen Angriffen ausgesetzt sind. Der CCBE kooperiert mit der OIAD im Rahmen seiner Tätigkeiten zur Unterstützung von Rechtsanwälten, die weltweit gefährdet sind, insbesondere durch das vom CCBE 2015 ins Leben gerufene Netzwerk «Verteidigung der Verteidiger».

IMCO-WORKSHOP ZUR REFORM PROFESSIONELLER DIENSTLEISTUNGEN – BERICHTSENTWURF VON NICOLA DANTI MDEP

Am 11. Juli hat Hugh Mercer, Vorsitzender des CCBE-Ausschusses „EU Lawyers“, als Repräsentant des CCBE am Workshop des Europäischen Parlaments (EP) zur Reform der professionellen Dienstleistungen teilgenommen. Die Veranstaltung wurde von Nicola Danti MdEP (IT, S & D), Berichterstatter des Initiativberichts zu der Mitteilung der Kommission über Reformempfehlungen (im Rahmen des «Dienstleistungspakets»), organisiert. Ziel des Workshops war es, zu erörtern, wie ein ausgewogenes Vorgehen aussehen könnte unter Berücksichtigung von Berufsreglementierungen, der Wahrung des Allgemeininteresses, im Hinblick auf eine Förderung der Auswahlmöglichkeiten für den Verbraucher und die Freizügigkeit von Berufsangehörigen in der EU.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO), Anneleen van Bossuyt (BE, ECR), eröffnete den Workshop mit der wichtigsten Frage: Sind Berufsregeln noch zweckmäßig oder sind weitere Reformen erforderlich? Sie wies daraufhin, dass die bestehenden Hürden von anderen Anbietern in Frage gestellt werden (da sie ihre Dienstleistungen hauptsächlich auf elektronischem Wege anbieten), und dass man meinen könnte, eine Reform der Berufsregeln sei notwendig. Allerdings glaubten viele immer noch, dass Beschränkungen gerechtfertigt sind, da sie die Qualität der Dienstleistungen und den Verbraucher schützen.

Zwei Expertenrunden berieten über «ökonomische Auswirkungen der Reglementierung professioneller Dienstleistungen» und «Empfehlungen für politische Entscheidungsträger», gefolgt von einer Präsentation der Europäischen Kommission, in der verschiedene Beschränkungen, insbesondere im Bezug auf Rechtsanwälte, angesprochen wurden: «Rechtsberatung jeglicher Art ist in vielen Mitgliedstaaten den Anwälten vorbehalten, was andere Rechtsberatungsdienste, insbesondere Online-Dienste, behindert».

Die [OECD-Präsentation](#) konzentrierte sich auf disruptive Innovation im Bereich der Rechtsdienstleistungen unter Bezug auf den Umfang der regulatorischen Beschränkungen und der jüngsten Reformen in einigen Mitgliedstaaten (Frankreich und Portugal).

Als Vertreter der Anwaltschaft erinnerte Hugh Mercer an die Vorteile der anwaltlichen Berufsregeln und Grundprinzipien (Kompetenz, Unabhängigkeit, Vertraulichkeit, Vermeidung von Interessenkonflikten), um hohe Qualitätsstandards zu gewährleisten und an die Rolle der Rechtsanwälte bei der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit. Im Rahmen der Vorstellung des CCBE-Leitfadens zur Freizügigkeit der Rechtsanwälte als Beispiel für konkrete Initiativen des CCBE zur Erleichterung der Freizügigkeit von Rechtsanwälten, bemerkte Mercer, dass die Freizügigkeit bei der von der EU-Kommission durchgeführten Messung der Regulierungsintensität gar nicht berücksichtigt wurde (im Rahmen des Dienstleistungspakets wurde die Regulierungsintensität von sieben Berufen, u.a. der Rechtsanwälte, gemessen).

Das Consumer Choice Center unterstrich die Probleme der Verbraucher beim Zugang zu den Dienstleistungen der reglementierten Berufe aufgrund der mangelnden Auswahl und wies darauf hin, dass Marktzugangsbarrieren oft zu hoch seien und nach mehr Wettbewerb und höherer Servicequalität verlangten.

Viele Vorträge des Workshops können auf der [IMCO-Webseite](#) abgerufen werden.

TRADATA: FORTBILDUNG FÜR RECHTSANWÄLTE ZUR EU-DATENSCHUTZREFORM

Die European Lawyers Foundation (ELF) hat von der Europäischen Kommission Fördermittel zur Finanzierung eines Projekts erhalten, mit dem 630 Rechtsanwälte aus 8 Ländern (Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Belgien, Irland, Nordirland und England & Wales) auf dem Gebiet der EU-Datenschutzreform fortgebildet werden sollen. Das Projekt umfasst 21 Seminare, die in 21 verschiedenen Städten der Partnerländer stattfinden werden. Die Seminare dauern jeweils einen Tag und werden in der jeweiligen Landessprache abgehalten, wobei die Teilnehmer insbesondere gute Englischkenntnisse haben sollten, da die Schulungsunterlagen in englischer Sprache abgefasst sind. Im Rahmen der Seminare werden sowohl theoretische als auch praktische Fragen behandelt.

Die Projektlaufzeit beträgt 24 Monate und wird voraussichtlich im Oktober 2017 starten. Die ersten Seminare finden Anfang 2018 statt. Das Projekt wird von der ELF koordiniert und wird zusammen mit folgenden Partnern durchgeführt: DeutscheAnwaltAkademie (Deutschland), Consejo General de la Abogacía Española (Spanien), Consiglio Nazionale Forense (Italien), Law Society

of Ireland, Law Society of Northern Ireland, L'Ecole des Avocats Centre Sud (Frankreich), Orde van Vlaamse Balies (Belgien) und Bar Council of England und Wales.



Die ELF und ihre Projektpartner möchten mit diesem Projekt möglichst viele Anwälte aus verschiedenen Ländern für ein sehr wichtiges Thema gewinnen, das für die gesamte Anwaltschaft und für die tägliche Anwaltstätigkeit von großem Interesse ist.

VERANSTALTUNGSHINWEISE

14.-15.09.	2nd Annual Ireland and UK Streetlaw Best Practice Conference, Dublin
15.09.	Ständiger Ausschuss, Brüssel
28.-29.09.	The European Circuit Annual Conference, Brüssel
25.10.	Europäischer Anwaltstag
27.-31.10.	61. UIA-Kongress, Toronto
14.12.	CCBE-Konferenz Juristenausbildung, Brüssel

2017 ANGENOMMENE TEXTE

[Fragen des Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments über Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung \(PANA\) vom 24. Januar 2017 an den CCBE](#)

[Statement des CCBE gegenüber dem Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments über Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung \(PANA\) am 24. Januar 2017](#)

[Gemeinsame Erklärung: faires Gerichtsverfahren in China](#)

[Memorandum über die gegenseitige Anerkennung der grenzüberschreitenden Fortbildung für Rechtsanwälte](#)

[Kommentar zu dem von der Europäischen Kommission am 13.07.2016 vorgestellten Verordnungsentwurf zur Schaffung eines gemeinsamen Asylverfahrens für internationalen Schutz und zur Aufhebung der Richtlinie 2013/32/EU zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes](#)

[CCBE-Stellungnahme zu der Konsultation der Europäischen Kommission zu Maßnahmen gegenüber Finanzberatern und –intermediären zur Eindämmung potenziell aggressiver Steuerplanungsstrategien](#)

[CCBE-Kommentar zum Bericht des IMCO/JURI zu dem Richtlinienvorschlag über digitale Inhalte](#)

[CCBE-Stellungnahme zur Konsultation des ELI und des ENCJ über das Verhältnis zwischen formeller und informeller Gerichtsbarkeit: Gericht und alternative Streitbeilegung](#)

[CCBE-Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie über die Durchsetzung der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt, zur Festlegung eines Notifizierungsverfahrens für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen und Anforderungen sowie zur Änderung der Richtlinie 2006/123/EG und der Verordnung \(EU\) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems](#)

[CCBE-Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen](#)

[CCBE-Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung der Geldwäsche COM\(2016\) 826 final 2016/0414 \(COD\)](#)

[Gemeinsame Erklärung von Rechtsanwälten, Richtern und Journalisten zu den andauernden Angriffen auf den Rechtsstaat in der Türkei](#)

[Positionspapier zum Schutz von Whistleblowern](#)

[CCBE Model Code of Conduct: Artikel zur Unabhängigkeit](#)

[CCBE Leitlinien für die wichtigsten neuen Compliance-Maßnahmen für Rechtsanwälte in Bezug auf die EU-Datenschutzgrundverordnung](#)

[Praktischer Leitfaden für Rechtsanwälte zur sozialen Verantwortung der Unternehmen \(CSR\) - Guidance III](#)

[Kommentar des CCBE zum den Vorschlag für eine Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen](#)